Morgen-Ausgabe
No. 199 — 61. Jahrgang

Berliner Volks-Zeitung

Erstes Beiblatt
Mittwoch, 30. April 1913

Lokales

Wenn beide recht bekommen.

Von dem preußischen König Friedrich Wilhelm I. wird die Anekdote erzählt, daß diesem einst ein sehr schwieriger Fall zur Entscheidung vorgelegt worden sei. Dem Vertreter der einen Partei sei es gelungen, den König so sehr für seine Ansicht zu gewinnen, daß dieser mit dem vollsten Bewußtsein der Ueberzeugung erklärt habe: Er hat recht." Nun habe der Vertreter der gegnerischen Partei seinen Standpunkt so vortrefflich zu vertreten gewußt, daß der König am Schlusse seiner Rede gesagt habe: „Er hat auch recht." — „Majestät, beide können doch nicht recht haben," habe der neben dem König sitzende Minister gesagt. „Da hat er auch recht," soll die Antwort des Königs gelautet haben, der nunmehr dem Minister die Entscheidung des verwickelten Falles übertragen habe.

In einem ähnlichen Dilemma befand sich im Jahre 1865 Kaiser Wilhelm I., der damals noch König von Preußen war. Der bekannte Buchhändler Hofmann, der „Kladderadatsch"-Hofmann, der sich auch kräftig als Häuserbauer im Osten Berlins betätigt und dort unter anderem die Wallnertheaterstraße angelegt hat, beantragte dieser Straße nach dem dort in demselben Jahre erbauten Wallnertheater den Namen „Theaterstraße" zu geben. Kommissionsrat Wallner, der Erbauer des Theaters, beantragte dagegen die Straße nach ihm „Wallnerstraße" zu benennen.

In Berlin steht seit dem Jahre 1815 die Entscheidung über die Wahl der Straßennamen der Krone zu, und König Wilhelm I. entschied sich nun dahin, unter Benutzung beider Vorschläge der Straße ihren jetzigen Namen „Wallnertheaterstraße" zu geben. Der König hatte es beiden Antragstellern recht machen wollen. Merkwürdigerweise behagte seine Entscheidung ganz und gar nicht dem Kommissionsrat Wallner, obwohl dieser gerade eine besondere Genugtuung darüber hätte empfinden müssen, daß in diesem Straßennamen sowohl sein eigener Name, als derjenige des von ihm gegründeten Theaters verewigt worden ist. Er hätte es lieber gesehen, wenn sowohl das Theater als auch die Straße, beide getrennt voneinander, seinen Namen der Nachwelt überliefert hätten. Er wußte es offenbar als Theaterfachmann zu genau, daß den Straßennamen eine viel längere Lebensdauer zugemessen ist als den Theaternamen.

Heute trägt das einstige Wallnertheater den Namen Schillertheater O., und die Wallnertheaterstraße hält nicht so sehr die Erinnerung an den Kommissionsrat Wallner, als vielmehr diejenige an den ersten Namen des in dieser Straße erbauten Theaters fest.

Von seinem persönlichen Standpunkte aus hatte also Herr Wallner recht, wenn er mit der Entscheidung des Königs Wilhelm I. nicht zufrieden war.

Der „Kladderadatsch"-Hofmann hatte aber in demselben Jahre noch eine zweite Straße, die ganz in der Nähe gelegene jetzige Raupachstraße, angelegt. Er glaubte nun auf dieselbe Ehre Anspruch erheben zu können, wie der Kommissionsrat Wallner und beantragte, die neue Straße „Hofmannstraße" zu benennen. Der König entsprach aber diesem Ersuchen nicht, sondern gab der Straße zum Andenken an den einige Jahre vorher verstorbenen Bühnendichter Ernst Raupach und unter Bezugnahme auf das nahegelegene Wallnertheater ihren jetzigen Namen. So hatte schließlich also auch Herr Hofmann Grund, unzufrieden zu sein. Trotzdem wird Berlin dereinst sicherlich auch eine Hoffmannstraße (mit zwei f) erhalten; nämlich um einmal ihren hervorragenden Baukünstler Ludwig Hoffmann zu ehren.

Geschäftszeit im Sommer. Mit Beginn des 1. Mai treten die Bestimmungen der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe für die Zeit vom 1. Mai bis einschließlich 30. September in Kraft. Von diesem Tage an dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter im Handelsgewerbe nur von 8 bis 10 Uhr beschäftigt werden. Für den Handel mit Nahrungs- und Genußmitteln sowie mit Blumen findet diese Bestimmung keine Anwendung; diese dürfen eben so wie früher außer von 8 bis 10 auch von 12 bis 2 Uhr die Geschäfte offen halten. Viele Geschäftsinhaber, die ihr Personal nach Hause schicken, oder solche, die Angestellte überhaupt nicht beschäftigen, glauben berechtigt zu sein, ihre Läden wie bisher von 8 bis 10 und 12 bis 2 offen zu halten. Diese Auffassung ist falsch, da nach § 41a der Gewerbeordnung in offenen Verkaufsstellen ein Gewerbebetrieb nicht stattfinden darf, soweit nach den Bestimmungen über die Sonntagsruhe die Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe unzulässig ist. Am Ausnahmesonntag — dem letzten Sonntag vor Pfingsten, 4. Mai — dürfen die Verkaufsstellen im Handelsgewerbe außer zur allgemein festgesetzten Zeit noch von 2 bis 6 Uhr offen gehalten werden. Die übrigen Geschäfte, die sonst ihre Läden von 8 bis 10 Uhr und 12 bis 2 geöffnet haben, können also am letzten Sonntag vor Pfingsten ihre Verkaufsstellen von 12 bis 6 Uhr offen halten.

Die Hoch- und Untergrundbahn Gesundbrunnen—Neukölln, die die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft mit einem Kostenaufwande von 90 Millionen Mark zu bauen gedenkt, wird demnächst die Aufsichtsbehörden nochmals beschäftigen. Die Aufsichtsbehörden werden sich über die Konzessionserteilung schlüssig zu machen haben. Wird der Unternehmerin die Genehmigungsurkunde für die Hoch- und Untergrundbahn erteilt, so fällt damit das Konkurrenzprojekt der Continentalen Gesellschaft für elektrische Unternehmungen in Nürnberg, die für die Strecke Gesundbrunnen—Neukölln eine Schwebebahn durch annähernd die gleichen Straßenzüge plante. Die A.-E.-G.-Bahn wird nur in ihrem nördlichen Ausläufer, zwischen Christianiastraße und Humboldthain, 1,75 Kilometer lang, Hochbahn sein, die Hauptstrecke, 7¾ Kilometer, soll Untergrundbahn werden.

Die neue höhere Mädchenschule im Südwesten. Die Augustaschule in der Kleinbeerenstraße soll, wie vor kurzem mitgeteilt wurde, demnächst nach dem Neubau im alten Botanischen Garten verlegt werden. Das freiwerdende Grundstück in der Kleinbeerenstraße soll zur Erweiterung des angrenzenden Land- und Amtsgerichts Berlin II am Halleschen Ufer benutzt werden. Beide Grundstücke haben eine gemeinsame Hinterfront. Der Magistrat Berlin will damit dadurch gezwungen, eine neue höhere Mädchenschule im Südwesten zu errichten. Für diese ist das Grundstück am Tempelhofer Ufer 15, nahe der Großbeerenstraße, und in unmittelbarer Nähe der 40. und 150. Gemeindeschule in Aussicht genommen worden. Dies Grundstück ist 4426 Quadratmeter groß und eignet sich für den Zweck durch seine Lage und Nachbarschaft. Die Friedrich-Werdersche Oberrealschule in der Niederwallstraße soll nach der projektierten „verlängerten Lankwitzstraße" verlegt werden. Diese neue Straße soll die Lankwitz- mit der Yorkstraße verbinden und das Gelände der Kaserne des 2. Gardedragonerregiments erschließen, das, wie es heißt, nach Spandau verlegt werden soll.

Die Erweiterung des Viktoriaparkes, die Herstellung von Gartenanlagen auf einem Teil des sogenannten Aufmarschgeländes an der Kreuzbergstraße und der neue Bebauungsplan für die südliche Hälfte des Aufmarschgeländes beschäftigten gestern abend im Berliner Rathause einen Stadtverordnetenausschuß unter dem Vorsitz des Baurats Stapf. Der Magistrat war durch den Geh. Baurat Krause sowie durch den Stadtrat Berndt und den Gartenbaudirektor Brodersen vertreten. Nach längerer eingehender Beratung wurde der erste Teil der Vorlagen über die Herstellung von Gartenbauanlagen nach dem Vorschlag des Gartenbaudirektors Brodersen angenommen. Mit der Herstellung der Anlagen ist schon begonnen worden. Sie sollen nunmehr so gefördert werden, daß sie noch in diesem Jahr für das Publikum zugänglich werden. Die Beratung über die Bebauung wurde vertagt, weil eine Einigung über die Bauweise noch nicht erzielt werden konnte.

Gegen die Tariferhöhung auf der Stadt- und Ringbahn.

Der Ansiedlungsverein Groß-Berlin, dessen erster Vorsitzender der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Schöneberg Dr. R. Kuczynski ist, und dessen Hauptausschuß unter anderen der frühere Staatssekretär Dr. Dernburg, Oberbürgermeister Dominicus, der Berliner Stadtrat Professor Dr. Hugo Preuß, Dr. Friedrich Naumann und der bekannte Architekt Hermann Jansen angehören, wendet sich in seinem soeben erschienenen Jahresbericht gegen die von dem preußischen Abgeordnetenhause geforderte Erhöhung der Tarife auf der Berliner Stadt- und Ringbahn. Der Verein, der die Tariferhöhung mit Rücksicht auf die große Ersparnis, die der elektrische Betrieb nach den Angaben der Regierung gegenüber dem Dampfbetrieb bedeuten wird, für nicht gerechtfertigt erklärt, begründet seinen Protest gegen die der Verbesserung der Groß-Berliner Wohnungsverhältnisse durch die Tariferhöhung drohende Erschwerung in folgenden Ausführungen:

„Nach Angabe der Regierung hätten die Gesamteinnahmen der Stadt-, Ring- und Vorortbahnen im Jahre 1911 mit 42 546 700 Mark die Gesamtbetriebskosten mit 43 009 300 Mark nicht voll gedeckt. Für 1916 veranschlagt die Regierung die Gesamteinnahmen auf 51 030 000 Mark, die Gesamtbetriebskosten bei Dampfbetrieb aber auf 61 001 000 Mark, wozu noch weitere 3 911 000 Mark für Verzinsung und Abschreibung der inzwischen aufzuwendenden Anlagekapitalien und neuen Bauanlagen kämen. Den Gesamteinnahmen von 51 030 000 Mark würden also 1916 64 912 000 Mark Gesamtausgaben gegenüberstehen, das heißt der Fehlbetrag würde in diesen fünf Jahren von jährlich 462 600 Mark auf jährlich 13 882 000 Mark steigen. Zu diesem ungeheuerlichen Ergebnis — einer Steigerung der Einnahmen um nur 20 Prozent, einer Steigerung der Ausgaben um 51 Prozent — gelangte die Regierung dadurch, daß sie bei der Berechnung der Ausgaben eine Zunahme der Wagenachskilometer, d. h. der gefahrenen Sitzplätze von 89 Prozent, bei Berechnung der Einnahmen aber eine Zunahme der beförderten Personen von nur 22 Prozent ansetzte! Auf Grund derselben völlig unglaubhaften Annahmen berechnet die Regierung dann, daß bei Einführung des elektrischen Betriebs die Gesamtausgaben einschließlich 5 654 000 Mark für Verzinsung und Abschreibung der aufzuwendenden Anlagekapitalien und neuen Bauanlagen im Jahre 1916 59 031 000 Mark betragen würden, so daß sich also eine Ersparnis von 5 881 000 Mark gegenüber dem Dampfbetrieb ergeben würde. Unter Hinweis auf diese Ersparnis von nahezu sechs Millionen Mark forderte die Regierung die Einführung des elektrischen Betriebs und erklärte zugleich, daß sie, falls der Dampfbetrieb doch beibehalten würde, die Tarife unverändert lassen, falls aber der elektrische Betrieb eingeführt würde, die Tarife — erhöhen werde. Und was hat das preußische Abgeordnetenhaus? Es bewilligte die Elektrifizierung für die Stadt- und Ringbahn und lehnte sie für die meisten Vorortbahnen ab; es billigte die von der Regierung geplante Tariferhöhung und verlangte noch darüber hinaus eine weitere Erhöhung zum Zwecke der Verzinsung und Tilgung auch des alten Anlagekapitals von 245 Millionen, eine Forderung, die die Regierung selbst in keinem Stadium der Verhandlungen gestellt hatte, gegen die sie vielmehr ausdrücklich schwere Bedenken erhoben hatte. In bezug auf die von ihr selbst in Aussicht genommene Tariferhöhung erklärte die Regierung, daß sie „sich durchweg in mäßigen Grenzen hält, und daß dabei die soziale Aufgabe der Stadt- und Vorortbahntarife, zur Erleichterung der Wohnungsfrage Groß-Berlins und für das Erholungsbedürfnis seiner Bewohner beizutragen, nicht aus dem Auge verloren worden ist." Und dabei betrug die geplante Tariferhöhung in einzelnen Fällen bis zu 50 Prozent und mehr.

„Würde nun gar", schließt die bemerkenswerte Erklärung des Ansiedlungsvereins, „den Wünschen des Abgeordnetenhauses Rechnung getragen werden, so hätte die Groß-Berliner Bevölkerung, wenn sie die Benutzung der Eisenbahn nicht einschränkt, allein für die Erhöhung der Fahrpreise 6 oder 8 mal so viel aufzubringen wie für die Verzinsung des von dem Fiskus für die Wälder geforderten Kaufpreises!"

Die freiheitliche Gedenkfeier. Zu der am 4. Mai, mittags 12—1 Uhr, auf dem Kreuzberg stattfindenden freiheitlichen Gedenkfeier, die vom Deutschen Akademischen Freibund einberufen wird, hat Pfarrer Lic. Traub die Festrede übernommen. Für die Teilnehmer an der Feier, die sich auf den Denkmalsterrassen auf dem Kreuzberg sowie auf den um das Denkmal herumlaufenden Wegen versammeln, ist ausschließlich der Zugang durch die Lichterfelder Straße bestimmt. Alle übrigen Zugangswege zum Denkmal werden um 11 Uhr gesperrt.

Die „Urania" als Jubilarin.

Die Festfeier.

Im Theatersaal der „Urania", der Stätte ernster Arbeit, hatten sich gestern abend die Leiter und die vielen Freunde der „Urania" zusammengefunden, um das fünfundzwanzigjährige Bestehen dieser Bildungsanstalt festlich zu begehen. Aber auch die Feste der „Urania" sind dem Grundzug des Instituts angepaßt, denn statt rauschender Toaste hörte man eine objektive Würdigung der großen Arbeit, die von der „Urania" bis heute geleistet wurde. Man vernahm aus dem Munde des Vorsitzenden der Gesellschaft, Herrn Dr. G. Solmssen, daß dem großen Werk eine Fortsetzung, ein Ausbau beschieden sein wird, der die Wünsche aller Freunde wahrer Volksbildung erfüllen soll. Ist der Plan auch erst im Werden, so kann man ihn doch schon freudig begrüßen.

Das Festprogramm begann mit einer Ansprache des Geheimrats Professor Dr. Förster, der einen Rückblick gab über die Entwicklung der „Urania" und ihrem ersten wissenschaftlichen Leiter — Wilhelm M. Meyer — Worte warmer Anerkennung für sein unvergeßliches Wirken spendete. Das Werden und Wachsen, Wollen und Vollbringen der „Urania" schilderte Professor Förster; die Ansprache klang in dem Wunsch aus, daß dem Institut auch fernerhin die Liebe der Vielen und der Erfolg treu bleiben mögen.

Sodann ließ Professor Dr. Donath „Erinnerungen an die physikalisch-experimentelle Tätigkeit der „Urania" in den 25 Jahren ihres Bestehens" erstehen; er gab in übersichtlicher Weise eine Schilderung des Lehrstoffes, der vor Tausenden von Hörern verwältigt wurde.

Der Festsitzung wohnten neben dem Kultusminister Trott zu Solz viele Universitätsprofessoren, ein großer Teil des Lehrkörpers der Technischen Hochschule und bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens bei. Der Kaiser hatte in einem Telegramm der „Urania" seine Glückwünsche und seine Wünsche „für ein weiteres erfolgreiches Wirken" aussprechen lassen. Nach der Festsitzung vereinigte die Teilnehmer ein Bankett. eh.

Selbststellung eines Berliner Defraudanten.

Auf dem Berliner Polizeipräsidium hatte sich gestern ein Defraudant freiwillig gestellt, nachdem er das Geld, das er in Berlin unterschlagen hatte, bis auf den letzten Pfennig in Monte Carlo verspielt hatte. Es ist der 40 Jahre alte Buchhalter Martin Wagner aus der Pettenkoferstraße, der, wie berichtet, vor zwei Monaten nach Unterschlagungen und Scheckfälschung in Höhe von 22 000 Mark aus Berlin flüchtete. Geschädigt wurde durch ihn die „Häuteverwertungsgesellschaft vereinigter Berliner Großschlächter" in der Eldenaer Straße, wo Wagner vor sieben Jahren Beschäftigung als Buchhalter fand. Er erwarb sich bald das volle Vertrauen des Direktors der Gesellschaft, der ihm vor drei Jahren die Verwaltung der Kasse übergab. Obgleich er zuletzt ein Gehalt von 4000 Mark und außerdem noch Nebeneinnahmen hatte, kam er mit seinem Geld nicht aus. Er verbrauchte viel für allerlei Sport; er war Segler, Teckelzüchter und Briefmarkensammler. Durch falsche Buchungen hat er nach und nach 7000 Mark unterschlagen. Als am 1. März eine Revision bevorstand, bei der die Unterschlagungen ohne Zweifel entdeckt werden mußten, stellte Wagner am Tag vorher einen Scheck über 15 000 Mark aus, fälschte die Unterschrift des Direktors und erhob den Betrag bei einer Großbank, mit der die Häuteverwertungsgesellschaft in Verbindung stand. Dann entfloh er, nachdem er sich krank gemeldet hatte. Als die Veruntreuungen an den Tag kamen, war er schon spurlos verschwunden. Seine Frau ließ er mit einer Tochter mittellos zurück.

Herzog Ernst August zu Braunschweig und Lüneburg, der Bräutigam der Prinzessin Viktoria Luise, trifft heute vormittag um 8 Uhr 25 Minuten auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin ein und wird sich von dort im Automobil zu längerem Aufenthalt in das Neue Palais begeben.

Die verheirateten Arbeiter der Stadtgemeinde Berlin erhielten bisher bei längeren Friedensübungen während vier Wochen die Hälfte ihres Lohnes als Familienunterstützung, wenn sie über zwei Jahre im städtischen Dienst gestanden hatten. In Zukunft soll nach einer neuen Bestimmung des Magistrats diese Unterstützung auch schon den gezahlt werden, wenn die Beschäftigung des Reservisten bei der Stadt über ein Jahr währt.

Turnhalle und Schulküche. Unter dem Vorsitz des Stadtverordneten Iden tagte gestern abend im Rathause der Stadtverordnetenausschuß zur Vorberatung der Magistratsvorlage über die speziellen Entwürfe für den Neubau einer Turnhalle mit anschließender Schulküche und Heizerwohnung auf dem Grundstück Cuitzowstraße 115a. Die Turnhalle soll für die angrenzenden Gemeindeschulen in der Stephanstraße 27 und für die neue höhere Lehranstalt in der Cuitzowstraße 115a dienen. Der Ma-

Filialen der Berliner Volks-Zeitung

in Berlin und Vororten

Wer noch nicht zu den Abonnenten der „Berliner Volks-Zeitung" gehört, dem empfehlen wir, einen Versuch mit einem Probe-Abonnement für Monat Mai zu machen. Jeder Abonnent erhält eine grosse, moderne,

2 mal täglich

erscheinende Zeitung mit den Beiblättern: Tägl. Unterhaltungsblatt, Illustr. Familien-Zeitung, Illustr. Moden-Zeitung, Illustr. Kinder-Zeitung u. Illustr. Witzblatt „Ulk" für

20 Pfennig wöchentlich, oder 85 Pfennig monatlich frei ins Haus.

In Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg u. Sachsen sowie des Herzogtums Anhalt erfolgt zu vorstehenden Preisen die Zustellung durch eigene Botenfrauen. Im übrigen abonniert man bei allen Postanstalten Deutschlands zum Preise von 90 Pf. monatlich.

104,000 Abonnenten